



NEOS

Landtagsklub

Tirol

Landtagsdirektion
Eingelangt am

05. SEP. 2023

887/23

838/23

889/23

R

Einberufung eines Sonderlandtags zum Thema „Entlastung beim Wohnen schaffen“

ANTRAG

Die unterzeichnenden Abgeordneten (Erstantragsteller Klubobleute Gebi Mair – Grüne, Markus Abwerzger – FPÖ, Dominik Oberhofer – NEOS) begehren bei der Präsidentin des Tiroler Landtags die Einberufung einer Sitzung des Tiroler Landtages **nach § 41 Abs 3 der Geschäftsordnung des Tiroler Landtages** unter Angabe der folgenden Tagesordnung:

1. Aktuelle Stunde: **„Landesregierung aus dem Tiefschlaf holen: Entlastung beim Wohnen schaffen.“**
2. Dringlichkeitsantrag: **„Wohn-Entlastungspaket für Tirol“**

In näherer Hinsicht wird dazu ausgeführt:

1. Thema der aktuellen Stunde: **„Landesregierung aus dem Tiefschlaf holen: Entlastung beim Wohnen schaffen.“**

Begründung: Seit Oktober 2022 ist die Tiroler Landesregierung aus SPÖ und ÖVP im Amt. Bisherige Maßnahmen gegen die Preissteigerungen beim Wohnen waren zu zögerlich oder überhaupt nicht vorhanden. Die Mieten explodieren weiter, insbesondere im gemeinnützigen Wohnbau, wo viele Menschen nicht mehr wissen, wie sie die gestiegenen Mieten und Betriebskosten aufbringen sollen. Landeshauptmann Anton Mattle hat es verabsäumt, die Betriebskosten durch einen Auftrag an die TIWAG in einem erträglichen Bereich zu halten.

Nicht nur die Explosion bei den Mietpreisen belasten die Bevölkerung massiv, sondern auch die Strom-, Gas- und Heizkosten. Die TIWAG hat im vergangenen Jahr ihren Gewinn im Vergleich zu den Vorjahren um 82 Millionen Euro erhöht. Auf der anderen Seite können sich viele Personen die Energiepreise nicht mehr leisten, Vorschreibungen mit weit über 200%. Fallweise bis zu 400% mehr sind kein Einzelfall, da das Energieunternehmen eine hundertprozentige Landesgesellschaft ist, und LH Anton Mattle Eigentümervertreter ist, besteht absoluter Handlungsbedarf. Die Zinsen für Bankkredite steigen und Aufträge an die landeseigene Hypo Tirol Bank sind nicht zu erkennen. Im gemeinnützigen Wohnbau wurde zwar der ehemalige ÖVP-Landesrat Hannes Tratter als Geschäftsführer installiert, aber der rechtzeitige Ausstieg aus variablen Bankkrediten versäumt. Der Tirol Zuschuss kommt zu wenig an und kann kaum die Spitzen abfedern. Es wird Zeit, dass die Landesregierung ihren Tiefschlaf endlich beendet.

2. Dringlichkeitsantrag „**Wohn-Entlastungspaket für Tirol**“

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. dem Tiroler Landtag einen Nachtrag zum Landesvoranschlag zum Beschluss vorzulegen, der zusätzliche frische Mittel in Höhe von 100 Millionen Euro für neue **Wohnbauförderungsdarlehen** enthält.
2. dem Tiroler Landtag eine Regierungsvorlage zum Beschluss vorzulegen, in dem die **Laufzeit bestehender Wohnbauförderungsdarlehen** verlängert und die Zins- und Annuitätensprünge abgesenkt werden, wobei das Ausmaß des Entlastungspaketes zumindest 100 Millionen Euro betragen soll.
3. den Auftrag an die gemeinnützigen Wohnbauträger, an denen das Land Tirol beteiligt ist zu erteilen, bestehende Bankkredite nach Möglichkeit auf längere Laufzeiten und niedrigere **Zinsbelastungen** umzuschulden sowie die Möglichkeit zu schaffen, bestehende Bankkredite in Wohnbauförderungsdarlehen umzuschulden, um die Zinsbelastung zu senken. Damit soll eine Erhöhung des Anteils der Wohnbauförderung an der Finanzierung erreicht werden und dadurch die Belastung der Mieter*innen nach dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz gesenkt werden. Dabei sollen zumindest 100 Millionen Euro von Bankkrediten in Wohnbauförderungsdarlehen umgeschuldet werden.
4. bei neuen Projekten gemeinnütziger Wohnbauträger den Anteil der **Wohnbauförderungsdarlehen** an der Finanzierung um durchschnittlich zumindest 25% zu erhöhen.
5. im Wege des Landeshauptmanns als Eigentümervertreter in der landeseigenen **Hypo Tirol Bank** dafür Sorge zu tragen, dass die Landesbank bestehende variable Bankkredite bei wohnbauförderten Projekten auf längere Laufzeiten und Fixzinsen umschuldet.

6. im Wege des Landeshauptmanns als Eigentümerversreter in der landeseigenen Tiroler Wasserkraft AG (**TIWAG**) dafür zu sorgen, dass die Strompreise für Haushaltskund*innen nachhaltig gesenkt werden.
7. die **Wohnungsvergaberichtlinie** des Landes Tirol in transparenter Art und Weise endlich auf der Homepage des Landes zu veröffentlichen.
8. im Wege des Landeshauptmanns als Eigentümerversreter auf die **TINETZ** hinzuwirken, den Rückstau an Anträgen auf Netzzutritt für private Betreiber*innen von Photovoltaikanlagen binnen eines Monats abzubauen und die Anträge einer Entscheidung zuzuführen. Dies dient einer langfristigen Senkung der Betriebskosten der Photovoltaik-Nutzer*innen.
9. den bestehenden **Mietrückstandsfonds**, der Rückstände bei Mieten für Menschen übernehmen kann, die ihre Miete nicht bezahlen können und damit von Delogierung betroffen sind, um zumindest zusätzliche 500.000 Euro für das Jahr 2023 und 1 Million Euro für das Jahr 2024 aufzustocken, Beratungsleistungen in der Delogierungsprävention ausbauen.
10. die Erhöhung der Beiträge zur Erhaltung in der Tiroler **Wohnbauförderungsverordnung** im Jahr 2023 dahingehend zu evaluieren, dass dem Tiroler Landtag ein Bericht darüber vorzulegen ist, welche Erhöhungen für Mieter*innen durch die geänderte Verordnung entstanden sind.
11. die anrechenbaren Mietkosten in der **Mietzins- und Annuitätenbeihilfe** dahingehend anzuheben, dass die Preissteigerung der Mieten im laufenden Jahr auch in einer Erhöhung der Beihilfe abgebildet wird.
12. die Verordnung über die Hilfe zur **Sicherung des Wohnbedarfs** nach § 6 Abs 3 Tiroler Mindestsicherungsgesetz („Tiroler Wohnkostenverordnung“) ohne Verzug um 20% anzuheben, um die Chance zur Anmietung einer Wohnung zu geben und den Verlust von Wohnungen bis hin zur Delogierung bei bestehenden Mietverträgen zu vermeiden.
13. jenen **Gemeinden**, die auf eine Erhöhung von Mieten bei gemeindeeigenen Wohnungen verzichtet haben oder die Erhöhung im Jahr 2023 geringer ausfallen lassen haben als dies gesetzlich möglich gewesen wäre einen finanziellen Zuschuss zu den ausgefallenen Einnahmen zukommen zu lassen, anteilmäßig zu den jeweiligen Entlastungen die durch die Gemeinde vorgenommen wurden.
14. dem Tiroler Landtag einen Bericht über die bisherigen Aktivitäten und Kosten im Rahmen des im Februar 2023 gestarteten Projektes „**sicheres Vermieten**“ vorzulegen.
15. dem Tiroler Landtag einen Bericht über das Projekt „**Brennholzbörse**“ vorzulegen und das beschlossene Projekt ohne Verzug umzusetzen, um für Mieter*innen mit Brennholzbedarf im Winter 2023/24 transparente Preisbildung zu ermöglichen.
16. dem Tiroler Landtag einen Bericht über die bisherige Abwicklung des „**Tirol Zuschusses**“ inklusive einer Evaluierung der Ablehnungsgründe vorzulegen.
17. **Gemeinden als Interessenten** in § 2 Abs 6 des Tiroler Grundverkehrsgesetzes aufzunehmen um ihnen die Chance zu geben, leistbare Grundstücke für die Bevölkerung für Zwecke des Wohnbedarfs zu erwerben.“

Der Antrag möge dem Ausschuss für Wohnen, Raumordnung, Rechts- und Gemeindeangelegenheiten zugewiesen werden.

Begründung: Die Begründung der Dringlichkeit ergibt sich aus den dramatisch gestiegenen Wohnkosten in Tirol insbesondere im Jahr 2023. Die Belastungen resultieren unter anderem aus Grundstückskosten, Energiekosten, Betriebskosten, Zinssteigerungen – in Kombination mit der allgemeinen Teuerung ergeben sich daraus Belastungen, die für viele Menschen nicht mehr zu stemmen sind. Die vorgenannten Punkte stellen Stellschrauben im Bereich der Wohnungspolitik dar, weitere Maßnahmen können im Rahmen des Sonderlandtags in Form von Dringlichkeitsanträgen behandelt werden.

In terminlicher Hinsicht wird vorgeschlagen, die Sitzung des Tiroler Landtages für den 14.9.2023 einzuberufen. Der vorliegende Antrag wird von mehr als der in § 41 (3) der Geschäftsordnung des Tiroler Landtages genannten Anzahl an Abgeordneten unterstützt.

Innsbruck, 4.9.2023

Handwritten signatures and text:
L. ...
...
P. ...

Orlando C

Evelyn Adams

~~John D. King~~

~~George~~

Bright Obermüller